



Wir kommentieren

mögliche Reaktionen auf Proteste: Neue Formen der Meinungsäußerung auch in der Kirche – Was geschah, als Kirchen «besetzt» wurden? – Gläubige schrien: Vergast sie! – Darf eine aufgeschreckte christliche Gemeinde so reagieren? – Wie Schafe unter Wölfen – Die «Rockers» in die Mitte nehmen – Als Christ Gott neue, halbsbrecherische Wege bereiten.

eine Kontroverse um die polnische Schule: Krakauer Zeitungen diskutieren die Behinderung der ideologischen Schulerziehung – Die Störung komme von der Religion – Das Problem zu Ende denken, fordert Hannelowa – Kann ein Kind nur Materialist werden, wenn es nie mit der Religion bekannt wird? – Konfrontation mit verschiedenen Philosophien fördert die intel-

lektuelle Entwicklung – Die Lösung: ideologischer Pluralismus.

Länderbericht

Frühling in Portugal: Nach vierzig Jahren Salazarismus – Belastetes Erbe – Das katholische Portugal, ein Missionsland – Die Kirche, nicht mehr ein Faktor dynamischer Kraft – Verbindung der Kirche mit dem Staat auf Kosten des Evangeliums – Abwendung Enttäuschter, die Kirche sei nur an ihren Privilegien interessiert – Entfesselt der Geist des Vatikanum II einen Sturm? – Erste Anzeichen – Wirken der Untergrund-Kirche.

Ehe

Zur Unauflöslichkeit der Ehe: Die Überzeugung des Durchschnittskatholiken und die kirchenrechtliche Situation – Wann sind Ehen

auflösbar? – Die nichtvollzogene Ehe: durch Ordensprofeß und durch päpstliche Dispens – Die Ehen der Nichtgetauften – Das paulinische Privileg: Will der ungläubige Teil scheiden, so mag er sich scheiden – Das Privilegium Petrinum – Mit welchem Recht löst die Kirche Ehen? – Die Kirche als Stellvertreterin Gottes – Sind dem Papst Grenzen in der Ehescheidung gesetzt?

Dokumentation

Westliche Studentenrebellion in sowjetischer Sicht: Trotz einseitiger Parteigebundenheit treffende Analysen – Parallelen zur russischen revolutionären Vergangenheit – Student im Atomzeitalter – Sympathie mit ernststen Vorbehalten – «Ihr habt die bösen Augen der kleinen Privatunternehmer» – Warnung vor Gauchismus – Cohn-Bendit als pathologischer Antikommunist abgelehnt.

Demonstrationen im Kirchenraum

Das «Jahr der Proteste» hat auch die Kirche nicht verschont. Die verschiedenen Formen von «Demonstrationen» häuften sich vor allem in der zweiten Jahreshälfte. Sie begann mit dem Aufmarsch von 53 jungen Franziskanern aus Verona in der römischen Ordenskurie, und in dieselbe Reihe scheint zu gehören, was am 6. November 40 Priester der Diözese Bilbao und am 13. November 200 Priester in Washington unternahmen. In allen drei Fällen sprach die Presse von «Besetzung». Das «Objekt» war in Washington das Hotel, in dem die amerikanische Bischofskonferenz tagte, in Bilbao das Priesterseminar, in Rom das Vorzimmer des Generalobern. In keinem dieser Fälle aber hörte man, daß die Demonstranten irgendwelche Gewalt angewandt hätten. Die jungen Ordensleute warteten lediglich während neun Stunden vergeblich auf eine Aussprache, nachdem ihnen mit Verordnung vom 29. Juni, wenige Tage vor den Examina, brüsk das Studienjahr abgebrochen und kurz zuvor der Studienpräfekt abgesetzt worden war. Ähnlich scheinen die amerikanischen Priester den Dialog mit der Bischofskonferenz gesucht zu haben: sie wollten die Zurücknahme von Disziplinarmaßnahmen erreichen, die gegen Priester der Diözese Washington ergriffen worden waren, weil sie gegen die Enzyklika *Humanae vitae* Gewissensbedenken hatten. Die baskischen Priester gingen insofern einen Schritt weiter, als sie bei ihrem Protest gegen das Schweigen des Bischofs bezüglich der Unterdrückungsaktionen der Polizei im Baskenland den Rücktritt des Bischofs und die Mitwirkung des Volkes bei der Einsetzung seines Nachfolgers forderten.

Analog muß man nun fragen, was eigentlich geschehen ist, als Kirchen «besetzt» wurden: am 11. August die Kathedrale von Santiago de Chile

und am 8. September der Dom von Parma. In Santiago handelte es sich um gut 200 Gläubige samt einigen Priestern aus der Bewegung «Junge Kirche», die den Kirchenraum den ganzen Sonntag über okkupierten und darin sowohl eine Eucharistiefeier wie eine Pressekonferenz abhielten. Der abwesende Erzbischof erklärte bei seiner Rückkehr, dies sei der «traurigste Akt in der chilenischen Kirchengeschichte». In Parma fanden sich nur rund vierzig junge Leute in der Kirche ein. Es war an einem späten Samstagnachmittag, der mit einer Abendmesse endete. Als diese, offenbar in Ruhe, zu Ende gegangen war, wurden die Jungen, die insgesamt drei Stunden in der Kirche verharrt hatten, von der Polizei evakuiert. Die öffentliche Gewalt war zu diesem Zweck vom Apostolischen Administrator der Diözese, Msgr. *Pasini* (der Erzbischof, Msgr. *Colli*, ist schon achtzig Jahre alt), herbeigerufen worden.

Was die jungen Leute mit ihrer Demonstration bezweckten, erklärten sie am folgenden Tag auf Flugblättern, die sie auf dem Domplatz verteilten. Auch in Santiago wurde nachträglich ein Manifest veröffentlicht. Die beiden Demonstrationen unterschieden sich dadurch, daß man in Parma von einem lokalen Anlaß ausging, in Santiago hingegen die bevorstehende Papstvisite in Bogotá im Auge hatte. In Parma wurden einerseits der Bau einer neuen Kirche mit den Mitteln einer Bank (Sparkasse), andererseits die Versetzung eines politisch (oder sozial?) engagierten Priesters aufs Land kritisiert. Die weiteren Forderungen aber zeigen eine ähnliche Richtung wie in Santiago und auch in Bilbao: es geht um die Entflechtung der Kirche von bestehenden «Strukturen der Macht, der Gewalt und des Geldes», um die Nähe zu den Unterdrückten, um eine Kirche «dem Evangelium gemäß: arm, frei und offen zum Menschen hin».

Die Frage ist nun die, wie dieses «offen» zu verstehen ist, und ob nicht eben gerade in der Aufhebung der Schranke zwischen profanem und sakralem Raum diese Öffnung zum Ausdruck kommen soll. So jedenfalls haben sich die Dinge bei

dem ob seiner Solidaritätserklärung zugunsten der Demonstranten von Parma abgesetzten Pfarrer Don *Mazzi* im florentinischen Arbeiterviertel Isolotto¹ entwickelt. Seinen Kirchenraum hatte dieser Pfarrer schon im Jahre 1959 für eine Versammlung der entlassenen Arbeiter der Galilei-Werke zur Verfügung gestellt. In Parma aber ging es um eine rein innerkirchliche Angelegenheit. Der Vorwurf der Profanierung scheint sich also darauf zu beziehen, daß die jungen Leute den Pfarrer oder Bischof nicht zuvor um Erlaubnis gefragt hatten. Es liegt in der Grundeinstellung nicht fernab der obgenannten Beispiele, wenn in deutschen Kirchen beim Gottesdienst gegen den Krieg in Vietnam oder den Krieg überhaupt demonstriert worden ist. In Uppsala wurde eine solche Aktion der Jungen (samt Transparenten) sogar schon in die offizielle Feier «integriert». Anderswo ist diese Integrierung nicht versucht worden, weshalb verständlich ist, daß ein Pfarrseelsorger sich einmal fragt: Wie sollen ich und meine Gläubigen reagieren, wenn eines Tages auch bei uns, wie zum Beispiel am Heiligen Abend 1967 in Berlin, junge Leute mit Transparenten in die Kirche kommen? Gilt es nicht aus den verschiedenen Vorfällen rund um die Welt zu lernen? Unser Autor rechnet damit, daß das, was da und dort im Ausland geschehen ist, früher oder später auch in den Gemarken Helvetiens auftreten kann.² Denn auch in der Schweiz wird unter Studenten und Jugendlichen vermehrt das politische Engagement der Kirche diskutiert. Eine prospektive Haltung wird also auch mit Demonstrationen in einzelnen Kirchen rechnen. Als Beispiel, wie es dann doch besser nicht zugehen sollte, erinnert unser Verfasser vorerst an die bekannten Vorgänge am vorletzten Weihnachtsfest und zitiert den anschaulichen Bericht der Freien Universität Berlin.

Red.

¹ Die Krise im Isolotto dauert noch an, und was sich dort im Kirchenraum seit Weihnachten zugetragen hat, geht über die übrigen Beispiele weit hinaus. An Weihnachten wurde keine Messe gefeiert, am Stephanstag wurde von einer in der Presse als neofaschistisch bezeichneten Gruppe von Katholiken die Abhaltung einer Messe durchgesetzt oder beschützt, von der sich andere Kirchenbesucher distanzieren, die bis zur Rückkehr von Don *Mazzi* nur noch Wortgottesdienste abhalten wollen.

Daß dies der Wille der Mehrheit sei, stellte nach Pressemeldungen der vom Erzbischof eingesetzte Pfarrverweser am Sonntag, den 5. Januar, selber durch Abstimmung fest, worauf auch er auf die Feier der Messe verzichtete. In Florenz wird allerdings darauf hingewiesen, daß unter dieser Mehrheit viele Zugelaufene von anderswo sich befänden und nicht wenige Gläubige aus dem Isolotto seit Ausbruch der Krise anderswo zur Kirche gingen. Das erzbischöfliche Ordinariat erklärte, die Messe sei verhindert worden. Der Vatikan hält sich im Fall Isolotto auffallend zurück (Don *Mazzi* wurde dort vor Weihnachten mit 23 Laien von Msgr. *Benelli* empfangen), und es scheint, daß auch im italienischen Episkopat Stimmen der Sympathie für das Seelsorgsanliegen Don *Mazzis* (so vom Erzbischof von Ravenna, *Baldassari*) und gegen das Verhalten des Florentiner Erzbischofs laut wurden. Nicht zu übersehen war die Parallele zwischen der «Versammlung» der Arbeitergemeinde in der Kirche des Isolotto und der Messe des Papstes unter den Arbeitern der Stahlwerke von Taranto am gleichen Weihnachtsfest. Der Papst, der einmal mehr sein Verlangen bezeugte, mit den Arbeitern in Kontakt zu kommen, gab zu, daß die «gemeinsame Sprache» von Kirche und Arbeitern noch nicht gefunden sei, und die Bilder von seinem dortigen Auftreten bestätigten dies. Gegenüber den Versuchen von Priestern, sich mit den Arbeitern existentiell zu identifizieren, mußte das Erscheinen des Papstes nach wie vor «paternalistisch» wenn nicht «patronalistisch» wirken.

² Schon sehr nahe der Schweizer Grenze war die Demonstration lokalisiert, mit der junge Katholiken unter dem Stichwort «Weihnachten findet nicht statt» die aufwendige Art kritisierten, mit der die Erhebung Vorarlbergs zum selbständigen Bistum gefeiert wurde. Die Demonstranten, Studenten und Mitglieder katholischer Vereine, drangen zwar nicht in den Kirchenraum ein, stellten sich aber mit Transparenten an der Straße auf, durch die der Bischof mit den Gästen aus dem Episkopat seinen Einzug halten sollte. Die Parole von der «Kirche der Armen» verband diese Demonstranten mit den oben erwähnten, desgleichen die Tatsache, daß die jungen Leute nicht zu einem direkten Gespräch mit dem Bischof vorgegelassen wurden. Das Publikum reagierte noch ungnädiger: es riß die Transparente herunter.

«Wer am Heiligen Abend 1967 zur Christmette in die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche gehen wollte, mußte an jenen Studenten vorbei, die am Eingang mit einer Vietcong-Fahne standen, die Transparente vorzeigten, auf denen zum Beispiel ‚Helft dem Frieden, helft dem Vietcong‘ zu lesen war, und die Flugblätter mit dem Bild eines gefolterten Vietcong verteilten. Noch bevor der Gottesdienst begann, gingen drei Mädchen mit den Plakaten in die Kirche. Die Plakate sollten an den Altar. Kirchendiener und vor allem Kirchenbesucher beschimpften, schlugen und drängten die Mädchen zurück. Im Tumult erhob sich Dutschke, der bis dahin ruhig in der zweiten Reihe gesessen hatte, bestieg die Kanzel und begann zu reden. Außer ‚Liebe Brüder und Schwestern‘ war nichts zu verstehen. Vier Kirchendienern entzog er sich durch einen Sprung von der Kanzel. Unmittelbar vor dem Altar schlugen nun etwa zwanzig Personen auf ihn ein. Der 59jährige F. W., ein dipl. Ing., verletzte Dutschke mit seiner Krücke am Kopf. Stark blutend, von rechts und von links von Kirchenbesuchern getreten und geschlagen, wurde Dutschke von drei Studenten aus der Kirche gezogen. Die Orgel begann zu spielen. Der Gottesdienst verlief ohne Störung und endete wie jedes Jahr mit dem einträchtig gesungenen ‚Stille Nacht, heilige Nacht!‘»³

... weil die Kirche Seelsorgepflicht und Wächteramt hat

Daß die Kirche sich nicht dazu herabwürdigen lassen darf, den Menschen durch die Vertröstung auf ein Jenseits dazu zu verleiten, sich mit einer vorhandenen negativen Wirklichkeit abzufinden und so mit dem von ihr verkündeten Glauben den Handlanger irgendwelcher Mächte zu spielen, ist für ein heutiges Kirchenbild selbstverständlich. Sie muß sich auch auf politischem Weg darum bemühen, alle Hindernisse auf dem Weg zu einer Ordnung, in der der Mensch, von allen Befremdungen befreit, ganz zu sich selbst findet, niederzureißen. Politisches Engagement der Kirche ist demnach so zu verstehen, daß jedes ihrer Mitglieder sich aus eigener Verantwortung, in Freiheit und Achtung vor Andersdenkenden politisch betätigt, um auf diese Weise an der Herstellung einer wahren Ordnung mitzuwirken.

Wenn dies nach Konkretisierung ruft – sollen wir die Kirchen öffnen für Aktionen, die auf Biafra, Sudan oder andere Konfliktstellen im In- und Ausland hinweisen? Damit ist die Frage gestellt, ob wir gewissen neuen Formen des Denkens und Fühlens unsere Kirchenräume öffnen sollen? Bereits hat die Besetzung der Kathedrale von Parma durch jugendliche kirchliche Kreise in Italien nachhaltig schockiert.

In München wurde ein 39jähriger Buchdrucker zu 200 DM Geldstrafe verurteilt, weil er nach dem Verlesen des Evangeliums von der Kanzel herunter verkündet hatte: «In Vietnam ist noch Passionszeit. In Vietnam wird Christus durch Christen getötet. Die Friedenszyklika des Heiligen Vaters in Ehren, aber in welch himmelschreiendem Widerspruch dazu steht doch die Tatsache, daß in Vietnam katholische Christen auf seiten der Mörder stehen und tüchtig mitmorden! Und nicht genug damit – amerikanische Priester spenden den Mördern auch noch Segen und Sakramente. Woher nehmen sie den Auftrag dazu? Christus hat doch gesagt ‚Geht hinaus und lehret alle Völker‘, nicht aber ‚Geht und mordet alle Völker‘» (vgl. SZ 122/1968, S. 11).

Ist es nicht so, daß Demonstranten in die Kirche kamen, eben weil es eine Kirche war? Da müßte man sehen: die Kirche wurde auf ihr Bekenntnis zu humaner und gesellschaftlicher Verantwortung gestoßen, die sie selber in Zusammenhang mit ihrem geistlichen Auftrag und ihrer Seelsorgepflicht sieht. Dann wird man den Demonstranten nicht absprechen können, daß sie eine Art Interessensolidarität gesehen haben im Ruf nach Frieden, wie ihn die Kirche alljährlich mit der Weihnachtsbotschaft in die Welt hinausträgt.

³ Am Heiligen Abend 1968 traten in derselben Kirche erneut Demonstranten auf. Sie wurden von Kirchenbesuchern mit dem Ruf «Vergast sie» empfangen. In seiner Neujahrspredigt in der Steglitzer Patmoskirche verurteilte der evangelische Bischof *Scharf* mit großem Nachdruck diese Reaktion von Kirchgängern auf die Rockers. Wenn solche in die Gottesdienste eindrängen, sollten sie, so forderte Scharf, spüren, daß man ihren Gewalttaten in der Kirche anders begegne, «als wenn sie ins Schöneberger Rathaus eindringen, ins Vestibül eines Theaters oder in eine Kongreßhalle, wo gerade eine politische Partei tagt» (epd).

Demonstrationen – eine Chance für die christliche Sache?

Willy Brandt, Bonn: «Als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie auch als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland möchte ich sagen, daß ich in der brennenden Frage, was für den Frieden in der Welt getan wurde und zu tun ist, eine prinzipiell fruchtbare Herausforderung erblicke. Sie erscheint mir sogar bedeutsamer als die Frage, ob solche Herausforderungen im konkreten Fall berechtigt und sinnvoll sind. Wenn Kirchenbesucher die Provokation brüsk abweisend beantwortet haben, so ist das durchaus verständlich. Aber es fragt sich doch, ob sie so eine ‚Chance für die christliche Sache‘ nicht verpaßt haben. Ich erinnere an Äußerungen Kardinal Döpfners, daß die gesellschaftskritischen Bewegungen, zumal unter den Studenten, möglicherweise eine weltweite Umwälzung ankündigen und daß man sich nicht mit Pauschal-kritik von vornherein gegenüber solchen Strömungen abriegeln sollte.

Die Antwort auf die Frage, ob ich ein politisches Engagement der Kirche befürworte, ist damit vorgezeichnet. Die Ansicht, die Kirche könne in strikter Neutralität zum Staat und unberührt von der politischen Entwicklung ihrer Aufgabe nachkommen, hat sich spätestens durch die Erfahrung mit der nationalsozialistischen Macht erledigt ...»

Ein politisches Engagement in der Kirche ist unbedingt erforderlich, wenn darunter die Erziehung der Christen zu politischen Menschen zu verstehen ist. Unser Glaube an einen Gott, der das «Heil der Welt» will und sich dazu des Menschen bedient, zwingt uns zu politischem Tun ebenso wie die moralische Forderung der Nächstenliebe. Politisches Engagement ist die notwendige Weise unserer Verantwortung für die Menschen dieser Welt.

Das Konzil sagt, «es geht um die Rettung der menschlichen Person, es geht um den rechten Aufbau der menschlichen Gesellschaft» (Gaudium et spes 3). Wenn es der Kirche wirklich darum geht, dann muß sie, meine ich, ernsthaft auch Stellung nehmen zu den gesellschaftlich-sozialen und politischen Situationen, die für den rechten Aufbau unserer Gesellschaft erheblich sind. Hierin sucht sich der Einzelne wie die Gemeinschaft heute zurechtzufinden. Wie könnte sich die Kirche auf eine bequeme Standortlosigkeit zurückziehen? Doch nur, wenn man – grob gesagt – an dem alten Mißverständnis festhält, die Kirche sei sozusagen für den «inneren Menschen» da. Die Kirche kann sich, meine ich, nicht aus gerade aktuellen politischen Fragen heraushalten. Sie braucht nicht zu allem etwas zu sagen. Aber wo es um Fragen einer gerechten Wirtschaftsordnung, Staatenegoismus, Krieg, Atomwaffen, wo es also um die Verantwortung für das Wohl der Menschen geht, muß sie nach Antworten mitsuchen.

Unsere Solidarität gilt in erster Linie zurückgesetzten und verachteten Minderheiten, den «Erniedrigten und Beleidigten». Dafür ließe sich die Solidarität Jesu mit den Zöllnern und Sündern anführen.

Was blasen die Trompeten?

Früher Einheit von Thron und Altar – heute Bekenntnis der Kirche zu gesellschaftlicher Verantwortung! Das Anliegen ist berechtigt, die Weltverantwortung des Christen auch in das liturgische Tun integrieren zu wollen. Das Problem ist nicht gelöst, wenn man meint, den liturgischen Raum mit einer Tagungsaula oder mit einem Forum vertauschen zu wollen. Kanzelstürmung und Diskussionsgottesdienste können den herkömmlichen Gottesdienst nicht einfach umfunktionieren zu einem Teach-in über aktuelle Fragen.

Es gibt aber kein glattes Nein und kein unbedingtes Ja: vielmehr sind neue Formen im Kommen, und es muß nachgedacht werden, ob der Kirchenraum Ort politischen Engagements sein könne? Ob und in welcher Form dieser wahrhafte Heildienst am Menschen auch in gottesdienstlichen Handlungen, speziell in der Eucharistiefeier, einen Ausdruck finden kann, ist sehr wohl zu überlegen.

Ausgenommen für Tätlichkeiten – dies ist die Ansicht priesterlicher Mitbrüder, die gefragt wurden – gilt die Unterscheidung

Redaktionsprogramm

«Wir möchten instruktiv, geschweigt und amüsant sein. Wir wünschen, ein Klima des guten Humors und der Höflichkeit zu pflegen. Wir werden an den Menschen so vieles anerkennen wie nur möglich. Wir suchen Freunde zu gewinnen unter denen, die sich noch nicht festgelegt haben, und zwar durch das Interesse, das unsere Art, die Dinge zu sehen, in ihnen erweckt. Dann können wir im geeigneten Augenblick mit Erfolg eine gute Bombe platzen lassen.»

Brief von John Henry Newman an Lord Acton im Dezember 1858, als er die Chefredaktion der Zeitschrift « Rambler » übernahm. Ein Redaktionsprogramm, dem auch wir nacheifern möchten.

von Sakralraum oder Profanbau nicht. Einige italienische Gens (Generazione nuova sacerdotale, das heißt Priesterkandidaten) meinten, dies gelte nicht mehr, da wir Christen allerorten im Dienst Gottes stünden. Dagegen sagt J. Hirschmann SJ: «Eine provozierende Auseinandersetzung mit dem Verhalten der Kirche setzt sich ins Unrecht, wenn sie ihm eine fragwürdige politische Propaganda entgegenstellt (‚Helft dem Frieden, helft dem Vietcong‘), und dies im Raum, der für den Dienst am Wort und Sakrament bestimmt ist.»

Auf jeden Fall sollten die Kirchen als Versammlungsräume außerhalb der Gottesdienste für politische Gespräche geöffnet werden, das heißt für Versammlungen, in denen die Gläubigen in Sorge und Verantwortung für die ihnen anvertraute Welt «Gott dienen».

Neue Formen sollen uns nicht unvorbereitet finden

Wenn Jugendliche mit Transparenten erscheinen, soll man sie gewähren lassen, rät uns ein älterer Pfarrer am Bodensee. «Gütiges Anhören ihrer Anliegen ist das beste Seelsorgemittel, aber niemals das Herbeirufen der Polizei.» Wenn schon Widerstand, dann höchstens passiven. Wortgottesdienst und Sendung sollen auf das betreffende Anliegen Bezug nehmen. Daß es den aktuellen Predigthintergrund bildet, liegt auf der Hand. Die Fürbitten sind ein günstiger Ort, wo die gefallenen Schlagworte in freier Form in das Sprechen mit Gott hineingenommen werden können. Mit dem guten Kern ihres Anliegens soll man «sich eins machen» und ihr Denken zuallererst auf Christus zu lenken versuchen.

Sind zum Gottesdienst Transparente mitgebracht worden, ist gegen diese «Sprache» wohl nichts einzuwenden. Sind sie anstößig, so erreicht man mehr, wenn man den guten Willen, den man dahinter vermuten darf, sucht, statt sich aufzuregen. Fremde Kanzeleroberer, die nicht Priester oder Diakone sind, lassen wir sprechen. Die Mentalität von Schafen unter den Wölfen (Mario v. Galli am Katholikentag in Essen) müßte jetzt wirksam werden! Grundprinzip ist die Liebe. Ein Pfarrer muß sich bemühen, daß möglichst viel vom Wesen Christi in einer solchen Situation gehütet wird. Einschreiten heißt: sich an die Angst verkaufen. Dreinschlagen, Polizei rufen ist falsch. Die Gemeinde soll teilnehmen an dem, was die Rufer wollen. Reden lassen! – Was würde Christus tun? Als die Apostel meldeten: «Meister, wir haben einen gesehen, der in Deinem Namen auftritt. Er gehört aber nicht zu uns. Sollen wir es ihm verbieten?», da erwiderte Jesus: «Wehrt es ihm nicht! Wer nicht gegen mich ist, ist für mich» (vgl. Mk 9,38 f.).

Zwischenrufer müssen wir in ihrem Hintergrund zu verstehen suchen. Hier ist der gottverbundene Pfarrer der Berufene, ohne Feigheit Antwort zu geben. – Ein Gott-ist-tot-Rufer kann im

«Wort auf den Weg» (Predigt, Sendung) durch das Zeugnis über den «erlebten Gott» ins Geleise gebracht werden. Er muß merken, daß er von denen, die glauben, «in die Mitte, die Christus ist» (Mt 18,20), genommen wird. Daß er der Brennpunkt der Gläubigen würde, dies müßte eine lebendige Gemeinde voraussetzen. Wer sich mit Aufrührern in Liebe abgibt, wird sie in jedem Fall besänftigen. Denn als Friedensstifter bringt man «Christus in die Mitte» von Frägern, Schreiern, Schulentlassenen. Die Liebe, die hier hineingegeben wird, «ist Gott». Und so wird es eine feine Sache, als Christ seinem Gott völlig neue und somit halsbrecherische Wege zu bereiten.

Bei Turbulenzen:

Rücksicht auf die Gemeinde verlangen und die Bereitschaft erklären, nach dem Gottesdienst zum Dialog in Liebe bereit zu stehen. Die Antwort richtet sich nach der Gemeinde. Es ist möglich, daß wir für solche Fälle jetzt schon Leute aus der Gemeinde bestimmen, die sich freundlich den Ruhestörern nähern, um es fertigzubringen, daß aus dem Randalieren eine echte Sache wird.

Zuvorkommen ist viel – engagierte Liebe ist alles.

Georges Bernet

Kontroverse um die polnische Schule

Im vergangenen Jahr 1968 lieferten zwei Krakauer Zeitungen einen beachtenswerten Diskussionsbeitrag zum Thema «Schule und Elternhaus» in Polen. Hierbei offenbarte sich – einmal mehr – der Widerstreit zwischen Polens mehrheitlich katholischer Bevölkerung und ihrem kommunistischen Regime.

Den Ausgangspunkt bildete eine von der kommunistischen Tageszeitung «Dziennik Polski» veranstaltete Aussprache über die Rolle von Schule und Eltern bei der Erziehung. Insbesondere Lehrer und Vertreter der Erziehungsbehörde richteten bei dieser Gelegenheit harte Vorwürfe an die Adresse der Elternschaft. Bereits im Einleitungsreferat bezeichnete *Krystyna Zbijewska* den ideologischen Konflikt zwischen Schule und Elternhaus als das «wesentlichste Hindernis für die Erreichung wirklicher erzieherischer Resultate». «Diese Uneinigkeit», so erklärte sie, «kann sehr scharf und gelegentlich gefährlich sein. Oft hindert das Ganze einfach die Schulerziehung, bringt Verwirrung in die Köpfe der Kinder und erzieht sie zu Heuchelei und Täuschung.»

Noch deutlicher äußerte sich ein Lehrer: «Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Elternhaus und Schule in der ideologischen Erziehung sind sehr ernst und schwierig zu lösen, vor allem vom Gesichtspunkt der Bildung der Ideologie aus. Das gefährlichste ist, daß der Jugendliche zu Hause oft den Ratschlag hört: ‚Tue, was man dir sagt, und denke, was du willst.‘ Dies erzeugt zweideutige moralische Haltungen, die gefährlicher sind, als das auf den ersten Blick scheinen mag.»

Ein Schulinspektor fügte an: «Das fundamentale Problem ist die ideologische, politische und patriotische Erziehung. Wir haben in unserem Distrikt das Problem im einzelnen erforscht und gefunden, daß achtzig Prozent der Schulkinder den Religionsunterricht besuchen. Das ist auch eine ideologische Erziehung.»

Der Chef der Propagandaabteilung versuchte seine Ansicht mit Hilfe eines praktischen Exempels zu illustrieren: «Der Jugendliche betrachtet einen Lehrer stets nicht nur in seiner Eigenschaft als Lehrer, sondern auch in seinem privaten Verhalten. Ein Biologielehrer zum Beispiel, der in die Kirche geht, hat seine Stellung von Anfang an kompromittiert.»

Und auch der Abgeordnete des Schuldepartements stieß ins gleiche Horn: «Ich denke, daß, sofern das Problem der Ideo-

logie und Religion zu Hause und in der Schule auf verschiedene Weise gestellt wird, die Autorität und das eigentliche Wesen der Erziehung zu einem Gegenstand des Zweifels werden. Wer hat recht? Ist es die Mutter oder der Lehrer? Wenn beide, dann stimmt etwas mit dem Denken als solchem nicht. Ich glaube, die größte Schwäche unserer Schule und unserer Zusammenarbeit mit den Eltern liegt wahrscheinlich darin, daß wir gewöhnlich über diese Dinge während unserer Treffen mit den Eltern nichts sagen.»

Aber das hinderte den Abgeordneten nicht, seine eigentlichen Gedanken ebenfalls diplomatisch zu verschweigen. Es blieb einem anderen Teilnehmer vorbehalten, recht unverblümt zu fordern, die Kinder sollten keinen Religionsunterricht mehr besuchen, wobei er argumentierte: «Wir müssen eine Methode haben, und wir müssen eine gemeinsame Stellung beziehen. Das Kind wird in diesem Land und unter diesem politischen System leben. Der Junge oder das Mädchen müssen sich hier wohl fühlen, und sie werden unter Bedingungen arbeiten müssen, die hier maßgebend sind.»

Pluralismus, die Lösung

Nachdem die Krakauer Tageszeitung «Dziennik Polski» am 1. Mai 1968 über diese Diskussionsrunde berichtet hatte, griff *Jozefa Hennelowa* in der katholischen Wochenzeitung «Tygodnik Powszechny (Nr. 20/19. 5. 1968)» das Thema ebenfalls auf. Sie fand nämlich, die «Art und Weise, mit der diese Probleme hauptsächlich von den Lehrern selbst und von den Vertretern der Erziehungsbehörde diskutiert wurden, rufe Widerspruch hervor und den Wunsch, gegen ihren Standpunkt Stellung zu nehmen». Und sie tat es mit der Aufforderung, das Problem einmal bis zum Ende durchzudenken.

«Ist es wirklich die Absicht der Diskussionsteilnehmer», fragte sie, «jenen Punkt zu erreichen, an dem die Eltern die religiöse Erziehung der Kinder aufgeben werden, obgleich sie selber einen religiösen Glauben bekennen? Selbst wenn dies das Ziel und das Modell ist, das diejenigen in der Lehrerschaft, welche der materialistischen Philosophie anhängen, für die Zukunft ins Auge fassen, wenn sie die gegenwärtige Situation in der Erziehung diskutieren, so sollten sie die wirklichen Fakten in Rechnung ziehen. Und die wirklichen Fakten der Situation sind, daß in unserer Nation ein Zustand des philosophischen Pluralismus besteht, und die Folge dieses Zustandes ist, daß jedermann das Recht hat, sein eigenes Heim und seine eigene Familie in Übereinstimmung mit der Philosophie, die er bekennt, zu begründen. Dieses Recht ist durch die Verfassung garantiert und niemand, der ernsthaft den Glauben achtet, den einer bekennt, kann es aufgeben.»

Maliziös fügte *Jozefa Hennelowa* an: «Die hier zitierten Lehrer scheinen zu fürchten, daß ein Kind nur dann ein Materialist werden kann, wenn es nie mit der Religion Bekanntschaft macht. Solche Ansichten sind einfältig und haben nichts mit den Beobachtungen des wirklichen Lebens gemein. Mehr noch, die Konfrontation von verschiedenen Philosophien und verschiedenen Bekenntnissen kann die Quelle nicht für die Schwäche der Autorität, sondern für eine intellektuelle und moralische Entwicklung sein. Sie mag in den Geistern die Unabhängigkeit des Denkens schärfen, den Mut zum Suchen und zum Finden, Toleranz und großzügige Auffassung, und sogar so elementare und wichtige Dinge, wie die Fähigkeit zu diskutieren, zu argumentieren, seinen Gesichtspunkt von einem Standpunkt intellektueller und moralischer Integrität aus zu verteidigen, und die Gewohnheit verbreiten, nach Wissen zu streben. Weshalb soll ein Biologielehrer, der zur Kirche geht, ‚von Anfang an seine Stellung kompromittieren‘? Vielleicht wird er im Gegenteil seine Schüler zum Denken, Lesen und Fragestellen anregen!»

Mit Vehemenz wies die Autorin sodann den Vorwurf zurück, daß religiöser Glaube zu einer Haltung führe, die im Gegen-

satz zu den politischen Tugenden stehe. «Die tägliche Erfahrung lehrt, daß die Gläubigen sich bewußt sind, die Bürger dieses Landes und dieses politischen Systems zu sein, weil sie ehrlich und aufrichtig arbeiten. Dies ist also kein Grund zu Angst, und die falsche Richtung, um nach den schwächsten Punkten im Erziehungsprozeß zu suchen.»

Die Verfasserin möchte vorerst einmal, daß jenes Modell der menschlichen Persönlichkeit, welche das Produkt der Erziehung von Schule und Haus sein soll, neu umrissen werde. Den Haken bei der ganzen Sache sieht Jozefa Hannelowa in der Tatsache, daß die Erziehungsziele von Schule und Eltern übereinstimmen müssen, falls nicht der ganze erzieherische Einsatz danebengehen soll.

Die Folgerungen, die unsere Autorin daraus zieht, sind wahrhaft revolutionär, denn sie stehen in direktem Gegensatz zu den tatsächlichen Gegebenheiten des heutigen Polens. «Wenn wir wirklich wünschen, daß unsere Erziehung erfolgreich sei», so schreibt Hannelowa, «dann muß das neue Modell von Leuten mit verschiedenen philosophischen Idealen durchgedacht werden. Das neue Modell muß breit genug sein, um Raum für einen ideologischen Pluralismus zu lassen, unter der Bedingung, daß der Pluralismus auf absoluter moralischer Integrität gründet. Um es in einfachen Begriffen auszudrücken: das Ziel von Schule und Elternhaus muß sein, gute Bürger zu erziehen. Beide sollten im Jugendlichen einen gesunden Sinn für Wahrheit und Rechtschaffenheit entwickeln, Mut und Unabhängigkeit, gewohnheitsmäßig gute Arbeit und Kompetenz, sowie die Fähigkeit zu aufrichtigem Streben. Ein solches Modell kann sowohl von den Eltern als auch von den Lehrern ange-

nommen werden, die auf dieser Basis zu einem tiefen gegenseitigen Verständnis und zur Zusammenarbeit kommen können. Und dann wird es möglich sein, die Grundprobleme anzugehen, ohne die jede Erziehung, selbst in der rudimentärsten Form, unmöglich wird. Von einem der Teilnehmer an der hier berichteten Diskussion wurde die Situation richtig definiert: ‚Vereinfachen wir doch das Problem nicht. Man muß nicht notwendigerweise Marxist sein, um einzusehen, daß Kinder erzogen werden müssen, ihre Umgebung zu respektieren.‘»

Man wird es beachtlich finden müssen, daß solche Sätze in Polen überhaupt in einer Zeitung publiziert werden konnten. Es ist anzunehmen, daß Jozefa Hannelowa mit ihren Forderungen die Gedanken der meisten polnischen Katholiken wiedergegeben hat. Sie stießen aber beim Regime auf taube Ohren. Durch die Studentenunruhen im eigenen Land und die Ereignisse beim tschechoslowakischen Nachbarn höchst nervös geworden, versuchen die polnischen Kommunisten derzeit, mit den genau entgegengesetzten Mitteln zum Ziel zu kommen. Durch eine vermehrte ideologische Knebelung des Erziehungswesens trachten sie, gerade den Äußerungen eines Pluralismus, durch den sie ihre Stellung bedroht sehen, entgegenzuarbeiten. Augenblicklich ist zwar in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat eine Beruhigung eingetreten, aber man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusehen, daß wahrscheinlich in Kürze der Kampf um den Religionsunterricht neu entbrennen wird. Dann geschieht genau das, was Jozefa Hannelowa mit ihrer Replik abzuwenden suchte.

Robert Hotz

Frühling in Lissabon?

Marcello Caetano, Premierminister von Portugal seit dem 28. September 1968, wurde als intimer Vertrauter Salazars betrachtet, dessen Politik er fortsetzen sollte. Er deutete jedoch seinen Willen zum Dialog an, indem er das Exil eines sehr bekannten Rechtsanwaltes von Lissabon, *Mario Soares*, auf Sao Tomé beendete und den Portugiesen einige grundlegende Freiheiten (Pressegesetz und Vereinsrecht) versprach. Auf diese Weise löste er eine große Hoffnungswelle zu seinen Gunsten aus, wenn man auch bedenken muß, daß schöne Gesten in der Politik manchmal viel mehr erreichen als grundlegende Änderungen. Sollte dies die Ankündigung eines frühen Frühlings in Lissabon sein? Zumindest kann Caetano mit einem wohlwollenden Vorschußkredit bei jenen Portugiesen rechnen, die vorausahnen, daß bald ein neuer Wind wehen könnte.

Politischer Zusammenhang

Obwohl sich Premierminister *Oliveira Salazar* seit 1928 mit dem politischen Leben in Portugal identifizierte, muß man doch zugestehen, daß das Unglück dieses kleinen Landes von neun Millionen Einwohnern auf tiefere Wurzeln zurückgeht. Während des ganzen 19. Jahrhunderts folgte eine Krise der andern, Krisen wirtschaftlicher und politischer Art, unter so verschiedenen Regierungen wie etwa der liberalen Monarchie (1820–1910) oder der parlamentarischen Republik (1910–1926). 1926 errichtet die «Nationale Revolution» den «Estado Novo» (neuen Staat). Salazar kommt 1928 an die Macht, zunächst als Finanzminister, bald aber ist er Präsident des Ministerrates. Er wird zu einem Mythos oder zu einem System oder zu einem Ideal ... Die Ansichten sind widersprüchlich. Die Lobredner sprechen vom Portugal der vergangenen 40 Jahre als von einer «Oase des Friedens und der Ruhe inmitten der Erschütterungen unseres Jahrhunderts». Andere kreiden eine

Bastard-Diktatur an, die bei Mussolini und Maurras Anleihen macht, die es aber auch verstand, die Situation zu nützen. Eine nationalistische Mystik kommt zum Zug; sie richtet ein Volk wieder auf, das eine sehr lange Geschichte besitzt (man darf die glorreichen Zeiten der Entdeckungen nicht vergessen – 14./15. Jahrhundert –, ebensowenig die der Evangelisierung Afrikas und Asiens – 16./17. Jahrhundert). Ein ganz kleines Glück von Armut und Resignation wird angeboten; Stabilität des Münzkurses und der Regierung wird zugesichert; die paternalistische Autorität schlägt hart zu, wo es nottut, bewahrt aber stets eine gewisse Anpassungsfähigkeit. Sie unterdrückt jede Regung zur Verwirklichung gewerkschaftlicher oder politischer Freiheit (der Streik ist noch immer untersagt), jede Informationsfreiheit mit Hilfe einer allmächtigen Zensur, welche die Tätigkeit der Verlagshäuser und der ganzen Presse kontrolliert. Und dort, wo die Zensur sich als nicht wirksam erweist, droht die Politische Polizei (P. I. D. E.), quält und tötet einige Gegner – vor allem hat sie es fertiggebracht, die Hoffnung zu töten.

Während der ganzen Laufbahn entfernte sich das Regime von seiner ursprünglichen Reinheit. Es wurde gewandter und anpassungsfähiger in den Erfordernissen des Überlebens (z. B. die Aufnahme ausländischer Investitionen), aber das System ist noch immer da, die Armen sind immer noch die Armen, und gewisse bessere Familien, privilegiert von Geburt her oder Emporkömmlinge, bestimmen noch immer die portugiesische Wirtschaft.

Man kann sich fragen, was die Zukunft bringen mag: Was wird geschehen an dem Tag, da die Fenster ganz offen stehen werden und das Volk diese strenge Lebensform und diese kleine, armselige Bequemlichkeit, die seine Verantwortlichen ihm anbieten, zurückweisen wird?

Die Leute der Kirche sind nicht weniger besorgt um diese Zukunft; aber es ist nützlich, sich auch über die Vergangenheit Gedanken zu machen: Wie soll man das Leben der Kirche während dieser vierzig Jahre des Salazarismus deuten?

Christlich und doch Missionsland

Von Anfang an mit dem Leben Portugals verwachsen, hat die katholische Kirche die Geschichte dieses Volkes bestimmend beeinflußt, im Guten wie im Schlechten. Während Jahrhunderten lagen die Könige mit Rom im Streit, trotzdem bewahrte das Volk eine seltsame Verehrung für den Papst. Immer schon waren die Bischöfe die großen Herren, eine Rolle, die auch die Priester auf dem Land heute noch spielen. Im Gegensatz dazu herrscht seit langem ein traditioneller Antiklerikalismus, angefangen von den großen Dichtern bis zum ärmsten Bauern. Wohl mag der Portugiese tolerant sein, gegen die protestantische und jüdische Minderheit ist er zum Fanatiker geworden.

Das Paradox besteht heute noch. Christliche Gegenden – oder besser gesagt: ein christliches Klima und eine christliche Lebensform infolge der kirchlichen Tradition – sind unmittelbar benachbart mit entchristlichten Gebieten, wo eine missionarische Kirche ein anderes Gesicht der Kirche zeigt.

Auf den ersten Blick weisen wenige Länder wie Portugal, wo 93% der Einwohner sich als Katholiken erklären, so auffallende Zeichen des kirchlichen Einflusses auf.

Keine offizielle Zeremonie – Einweihung einer Brücke oder Eröffnungssitzung der Nationalversammlung oder der staatlichen Universität –, ohne die Teilnahme eines Bischofs oder des Kardinals von Lissabon. Als im letzten August «*Humanae vitae*» herausgegeben wurde, öffneten sich Rundfunk und Fernsehen weit der Enzyklika, während die Zensur der Regierung es der Presse verbot, widersprechende Stimmen laut werden zu lassen.

Die Diözese von Braga im Norden zählt noch einen Priester auf 600 Einwohner und ungefähr 60% praktizierende Katholiken. Ehescheidung ist dort so gut wie unbekannt. Es ist fast unmöglich, einen Säugling zu finden, der noch nicht getauft ist, oder einen Leichenzug, der nicht von einem Priester begleitet wird. In andern Gebieten hingegen, wie im Alentejo, wo die Gegenwart der Kommunistischen Partei – immer noch verboten, immer noch geheim – spürbar ist, zählt man einen Priester auf 7000 Einwohner, und die kirchlichen Heiraten sind manchmal weniger zahlreich als die Ziviltrauungen.

Auf jeden Fall muß man einen Neuaufschwung des religiösen Lebens feststellen, spürbar seit den Erscheinungen von Fatima (1917) und noch mehr, seit der Kardinal *Cerejeira* Patriarch von Lissabon (1929) ist. Seiner Ansicht nach bedeuten diese Jahre «den Frieden, die Freiheit und den Neuaufstieg der Kirche» (Ansprache vom November 1956).

Das scheint nicht aller Leute Ansicht zu sein. Arbeiter und Intellektuelle klagen die Kirche an, sie habe Salazars Politik getreulich unterstützt und sorgsam gepflegt, obwohl sie zwei ihrer Grundrechte verletzte: Gewerkschaftsfreiheit und Redefreiheit. Manche Beobachter zeichnen ein weniger günstiges Bild und werfen der Kirche ihre Verbindung mit den Mächtigen und ihre Starrheit angesichts der nachkonziliären Erneuerung vor.

Sie sagen, die Kirche Portugals habe diesen Frieden um den Preis ihres Schweigens zur konkreten Lage des Landes erkaufte. Niemals erhob ein Bischof seine Stimme – außer derjenige von Porto, Msgr. *Ferreira Gomes*, der seit 1960 im Exil lebt, und nicht ohne Grund –, um die Verweigerung der politischen Freiheiten an die Bürger zu verurteilen oder um die miserablen Lebensbedingungen auf dem Land und in der Arbeiterwelt anzuprangern.

Freiheit? Sagen wir lieber ein «modus vivendi», auf Grund dessen das Schweigen der hohen Würdenträger der Kirche den Schutz der Regierung und Subventionen einbringt, um Kirchen und Seminarien zu bauen. Wenn zum Beispiel der Außenminister gegen die Bombay-Reise des Papstes im Dezember 1964 protestiert und wenn die offizielle kirchliche Tageszeitung «*Novidades*» dieses kirchliche Ereignis vollständig totschweigt, was soll man dann von einer solchen Freiheit denken? Kann man unter solchen Bedingungen von

Erneuerung sprechen? Wohl kaum, denn viele vergleichen diese Verbindung mit dem Staat mit einer Liebesheirat, bei der die Kirche die verratene, verunglimpftete Gattin war, weil sie nur auf Kosten des Evangeliums ihre Sendung weiter erfüllen konnte.

Die beiden Vatikanischen Konzilien

«Mein Kardinal ist im Lichte des Vatikanum I geformt worden; ich dagegen gehöre der Generation des Vatikanum II an» (Diario de Noticias, 12. 11. 68). So sprach der Ex-Pfarrer von Belem, *J. Felicidade Alves*, an dem Tag, da der Kardinal von Lissabon ihn suspendierte. Das Verfahren zog sich seit dem letzten April hin, als Pfarrer Alves einen langen Vortrag vor den aktiven Mitgliedern seiner Pfarrei gehalten und darin die großen Linien der nachkonziliären Theologie aufgezeigt und eine Anwendung auf die Wirklichkeiten des portugiesischen Lebens versucht hatte: angesichts der «zerstörerischen Gewalt der Zensur und der polizeilichen Maßnahmen», angesichts der Abwesenheit von Rechten, «die es mit allen rechtmäßigen Mitteln zu fordern gilt», angesichts der Kolonialkriege, die Portugal seit 1961 an drei Fronten in Afrika führt: Angola, Guinea-Bissau und Mozambique.

Die Zwischenfälle, die sich in Lissabon abspielten und die zur Absetzung des Pfarrers von Belem führten, sind bezeichnend. Die Unterstützer der Regierung vermehrten die Petitionen gegen den Pfarrer Alves beim Kardinal und lösten gleichzeitig einen heftigen Presse-Feldzug aus. Eine Kette der Solidarität bildete sich um Pfarrer Alves, zusammengesetzt aus Tausenden von Laien und aus Hunderten von Priestern, die ebenfalls beim Kardinal protestierten. Der Pfarrer von Belem war übrigens wohlbekannt, denn er war Theologieprofessor im Priesterseminar gewesen und hatte während zwölf Jahren in seiner Pfarrei eine bemerkenswerte pastorale Arbeit entfaltet. In seinen Briefen an den Kardinal, die veröffentlicht wurden, tadelte er den «Stalinismus der Kirche» und die «willkürliche Unterdrückung», die in einer vorkonziliären Kirche regieren. Das ist nur eines der Symptome für die Geistesverfassung in gewissen katholischen Kreisen Portugals. Ende September verhaftete die Politische Polizei an der Grenze Portugals zwei Mädchen, die aus Paris zurückkehrten, wo sie studiert hatten. Sie wurden mehrere Tage im Gefängnis festgehalten, in den gerichtlichen Verhören gab es nur ein Thema: ihre «intimen Beziehungen» mit dem Pfarrer von Belem. Während eine Kommission, vom Kardinal einberufen, ihre Untersuchung fortsetzte, prüfte die Politische Polizei (in offiziöser Zusammenarbeit) die «Tugend» des nämlichen Priesters. Schließlich handelt es sich hier – und mir scheint, wie in den meisten Fällen – um eine Krise, die eine Folge der gelebten Treue zur Kirche ist. Den Journalisten, die Pfarrer Alves über seine Zukunft ausfragten, wiederholte er immer wieder: «Ich will die Kirche, der ich seit zwanzig Jahren als Lehrer und Priester diene, nicht im Stich lassen ... Nein, ich gebe das Priestertum nicht auf. Als Priester will ich der Kirche dienen und den Zielen, deren Träger das Christentum ist» (A Capital, 11. 11. 68).

Die Affäre des Pfarrers von Belem ist nur ein Zeichen und ein Moment der Krise, die im Klerus gärt. Die Berufungen gehen in erschreckendem Tempo zurück, die jungen Priester geben das Priestertum auf oder fragen nach ihrer Mitverantwortung angesichts der Lage in Portugal. Diese Krise erlitt kürzlich ein peinliches Wiederaufleben, als im letzten Oktober sieben Professoren des Priesterseminars von Lissabon, die neue Methoden in der Priesterausbildung versuchen wollten, demissionierten. Der Kardinal ersetzte sie ganz einfach, indem er sich auf Bestimmungen der römischen Kongregation für die Seminare berief ...

Man hatte zuviel vom Konzil erwartet. Daher der gefährliche Charakter dieser Revolte bei den Jungen, die – statt des Dialogs – eine Mauer von Gewohnheit, Gleichgültigkeit, theologischer und pastoraler Unfruchtbarkeit vorfinden.

Doch die Entwicklung läßt sich nicht mehr aufhalten. Die Intellektuellen verlassen die Kirche, die religiöse Praxis geht zurück. Die Bildung, die eine christliche Kirche geschenkt hat, hält der städtischen Zivilisation nicht mehr stand. Die

Auswanderung ins Ausland, wie auch die zwei Millionen Touristen, die jährlich Portugal besuchen, beschleunigen die brutale Entwicklung; welche die Bauern aus den mittelalterlichen Strukturen in den beängstigenden Rhythmus der modernen Welt reißt. Immer mehr erkennen sie ihre Rückständigkeit im Vergleich zum industriellen Europa und die Unwissenheit, in der man sie festgehalten hat, um sie besser an die Armut und an ihre kleinen Horizonte zu fesseln.

Die Hoffnung stützt sich auf jenen Sektor der Kirche, den das Vatikanum II geweckt hat. Obwohl diese Christen nur eine Minderheit bilden und auf die großen Städte beschränkt sind, halten sie doch die Augen offen für alles, was sich in andern Ländern abspielt. Sie fühlen sich gedemütigt, wenn die hohen Verantwortlichen der Hierarchie zu allem schweigen; sie klagen sie an, mit der bürgerlichen Macht unter einer Decke zu stecken, und versuchen, wache Teilnehmer des Geschehens zu sein.

ZUR UNAUFLÖSLICHKEIT DER EHE

Vorbemerkung: Man unterscheidet innere und äußere Unauflöslichkeit der Ehe. Die innere verbietet die Scheidung durch freien Willensakt der Ehegatten. Sie gilt sowohl im kirchlichen wie staatlichen Bereich wegen der eminenten sozialen Bedeutung der Ehe, die dem Belieben der Eheleute entzogen ist. Die äußere Unauflöslichkeit besagt, daß keine öffentliche Gewalt das Eheband lösen kann. In den folgenden Ausführungen ist nur von der äußeren Unauflöslichkeit die Rede.

Wenn man einen Durchschnittskatholiken fragt, ob die Scheidung, das heißt die Lösung einer gültigen Ehe, in der Kirche möglich sei, wird man mit höchster Wahrscheinlichkeit eine verneinende Antwort erhalten. Im Religionsunterricht wurde ihm dies eingeschärft: «Der Tod allein kann eine bestehende Ehe auflösen. Der Heiland hat dies klar ausgesprochen. Was Gott verbunden hat, soll der Mensch nicht trennen (Mk 10,9). Die Kirche läßt an der Unauflöslichkeit der Ehe nicht rütteln (siehe Kirchengeschichte: König Heinrich VIII. von England). Das kirchliche Gericht kann nur untersuchen, ob die Ehe gültig war oder nicht. War sie in allen Teilen gültig geschlossen, dann ist eine Auflösung ganz unmöglich. Kann aber bewiesen werden, daß die Ehe nicht gültig geschlossen war, dann ist es überhaupt keine Ehe gewesen. Nur in diesem Fall ist die Auflösung möglich» (Religionslehrbuch für Sekundar- und Mittelschulen, herausgegeben vom Bischöflichen Ordinariat Basel, Martinusverlag, Hochdorf 1950). (NB: Der letzte Satz ist falsch formuliert: Eine nicht bestehende Ehe kann nicht aufgelöst werden!)

Dieselbe Lehre hört unser Durchschnittskatholik auch in Predigten und Vorträgen. Schlägt er zur Sicherheit ein Lehrbuch der Dogmatik nach, so findet er folgende Ausführungen: «Christus (Mt 5,27-32; 19,3-12; Mk 10,2-12; Lk 16,18) hat die Unauflöslichkeit der Ehe mit den gleichen Worten verkündet, mit denen er ihre Einheit verkündete. Er erkannte keinen der von den jüdischen Theologen und Rechtslehrern aufgestellten Ehescheidungsgründe an. Es gibt nach ihm auch keine anderen. Die Ehe kann überhaupt nicht geschieden werden. Die Unauflöslichkeit der sakramentalen Ehe ist über diejenige der Naturehe hinaus letztlich in ihrer Beziehung zur Gemeinschaft zwischen Christus und der Kirche begründet. Wie sich Christus nie mehr von der Kirche, seinem Leib, trennt, so können die Ehegatten, in denen die Verbindung zwischen Christus und seiner Kirche dargestellt wird, nie mehr getrennt werden» (Schmaus, Katholische Dogmatik IV./1. München 1964, S. 822 und 827). In einem Nachsatz wird vermerkt: «Die volle Unauflöslichkeit des Ehebandes betrifft im strengen Sinn nur die durch die leibliche Gemeinschaft vollzogene Ehe. Denn erst sie ist vollendete Ehe. Der nichtvollendete, durch das Ja-Wort der Eheleute geschlossene Ehebund kann unter bestimmten Umständen gelöst werden (Näheres in der Moraltheologie und im Kirchenrecht).»

Interessiert studiert nun der Durchschnittskatholik das Kirchliche Rechtsbuch, den Codex iuris canonici. Mit Verwunderung stellt er fest, daß die kategorisch behauptete, absolute Unauflöslichkeit der Ehe «überhaupt nicht» oder «ganz unmöglich»

Sie haben die Kooperative PRAGMA in Gang gebracht, um den Dialog und die elementare Bildung zu fördern. Im April 1967 wurden alle Mitglieder des Direktionskomitees verhaftet und die Bewegung durch den Innenminister untersagt. Andere veröffentlichen geheime Flugblätter – wie etwa «Direito à Informaço» (Informationsrecht) und «Igreja Presente» (Kirche der Gegenwart) –, aber ihr Einfluß ist ziemlich gering, weil sie nur im geheimen wirken können. Einige tragen die Erneuerung in die Kirche hinein, während andere die Kirche blutenden Herzens verlassen. Es ist wirklich eine «Underground Church» (Untergrund-Kirche), denn man darf nicht verschweigen, daß die Mehrheit der Portugiesen sich gar nicht um diese Probleme kümmert. Die Kirche interessiert sie nicht mehr. Sie ist nicht mehr ein Faktor dynamischer Kraft. Ihnen scheint, daß die Kirche mehr an den traditionellen persönlichen Privilegien interessiert ist als an dem, was allen Portugiesen nottut. ***

nicht zutrifft. Canon 1118: «Die gültige Ehe zwischen zwei Getauften, die durch den Eheverkehr vollzogen wurde, kann durch keine menschliche Gewalt und aus keinem Grund außer durch den Tod gelöst werden.»

Drei Voraussetzungen müssen zugleich bei derselben Ehe zutreffen:

1. Die Ehe muß gültig sein, das heißt trennende Eehindernisse dürfen nicht vorliegen oder Dispens von ihnen erteilt worden sein; die verpflichtende Eheschließungsform eingehalten sein, außer es würde der im Canon 1098 vorgesehene Notfall vorliegen.

2. Gültige Taufe des Ehepaares.

3. Vollzug der Ehe durch den normalen Geschlechtsverkehr nach der Taufe beider Ehegatten. Nicht jede leibliche Gemeinschaft ist Vollzug der Ehe.

Wenn eine der drei Bedingungen nicht erfüllt ist, kann die Ehe gelöst werden. Die Canones 1119-1127 regeln die Auflösung der Ehen, bei denen eine der oben genannten Voraussetzungen fehlt.

Nichtvollzug der Ehe

Die nichtvollzogene Ehe kann nach Canon 1119 auf zwei Arten gelöst werden:

A Feierliche Profes.

Schon sehr früh faßte man die Gelübde als die Eingehung einer neuen geistlichen Ehe mit Gott auf, woraus sich die Überzeugung entwickelte, daß das neue mystische Eheband die Zerreißung des irdischen Ehebandes zur Folge habe. Durch das Gelübde wird man ein «jenseitiger» Mensch, der für die diesseitige Welt gestorben ist. Die Profes ist ein bürgerlicher Tod; daher kann der Profes keinen gültigen Akt im bürgerlichen Leben setzen. Ursprünglich hatte man diese Wirkung der Profes als solcher zugeschrieben, bis sich die Erkenntnis durchsetzte, daß zwischen feierlichen und einfachen Gelübden kein innerer qualitativer Unterschied besteht und die eheauflösende Wirkung eine rein kirchenrechtliche Bestimmung ist. Die Auflösung der nichtvollzogenen Ehe durch die feierliche Profes wurde schon im Mittelalter allgemein anerkannt. Heute ist diese Norm ohne praktischen Wert, weil der feierlichen Profes ein Jahr Noviziat und drei Jahre einfache Gelübde vorausgehen müssen, so daß der andere Ehepartner wenigstens vier Jahre warten müßte, um eine neue Ehe eingehen zu können.

B Päpstliche Dispens.

Jahrhundertlang schlossen die Christen ihre Ehe nach den üblichen Landessitten. Die Kirche verkündete zwar die Unauflöslichkeit der Ehe, setzte sich aber nicht immer durch, weil alle missionierten Völker die Ehescheidung praktizierten. Über die Natur und das Wesen der Ehe machten sich die Kirchenväter und Schriftsteller keine Gedanken. Die Auf-

fassung der Ehe als Vertrag hat sich nur allmählich entwickelt. Dazu kam, daß bei fast allen Völkern die Verlobung eine wichtige Rolle spielte und sie als notwendige Voraussetzung der Ehe betrachtet wurde. Der Unterschied zwischen Verlobung und Ehe war reichlich verschwommen, wie auch die Terminologie. Das Wort «sponsalia» konnte sowohl die Verlobung als auch die Ehe bedeuten. Daher die wichtige Frage: Wann entsteht eine vollgültige Ehe, die unauflösbar ist? Im Mittelalter vertrat die Schule von Bologna die These, bei der Eheschließung entstehe ein *matrimonium inchoativum*, das erst durch den Eheverkehr zu einer Ehe im Vollsinn des Wortes werde, somit unauflösbar. Für die Pariser Schule war die Ehe ein Konsensualvertrag, eine vollgültige Ehe schon beim Jawort der Brautleute. Die Theologen, Kanonisten und auch die Päpste bekannten sich bald zu der einen oder anderen Theorie. Schließlich setzte sich die Pariser These durch. Durch die Eheschließung entsteht eine vollgültige Ehe, aber unauflösbar wird sie erst – und hier wirkte sich die These von Bologna aus – durch den Eheverkehr.

Der unklaren Doktrin entsprechend war die päpstliche Dispenspraxis unterschiedlich und zum Teil gegensätzlich. Aus dem 7. und 8. Jahrhundert liegen Dokumente vor, die von Auflösung nicht vollzogener Ehen sprechen. Die Beweggründe dafür sind nicht eindeutig erkennbar. Gregor II. erlaubte 726 dem heiligen Bonifaz die Auflösung einer *propter infirmitates mulieris* (wegen Krankheit der Frau) nicht vollzogenen Ehe (Decr. Gratiani CXXXII. qu VII, c 18). Handelte es sich um Impotenz oder ist es eine Auflösung wegen Nichtvollzugs? Auf jeden Fall verurteilt Gratian dieses Vorgehen, weil es gegen die heiligen Canones und die evangelische und apostolische Lehre sei.

Erst im 12. Jahrhundert liegen eindeutige Beweise von Dispensen vor. Alexander III. (1159–1181) erlaubte die Lösung wegen *affinitas superveniens* (Decr. lib. IV. tit. XIII. c 2), ein Ehegatte hatte mit einer Verwandten seines Ehepartners Geschlechtsverkehr. Urban III. (1185–1187) und Coelestin III. (1191–1198) lösten unvollzogene Ehen wegen Abfall vom Glauben des einen Ehegatten auf mit Anspielung auf das paulinische Privileg. Innozenz III. (1198–1216) verurteilte diese Dispensen seiner Vorgänger scharf, weil das *Privilegium* nicht auf sakramentale Ehen anwendbar sei. Die Kanonisten erklärten die Dispensen als Privatmeinungen der betreffenden Päpste und nicht der kirchlichen Lehre entsprechend. Auf eine Anfrage erklärte Innozenz III., die einzige Möglichkeit der Auflösung sei die Ablegung der Profess. Er selbst habe keine Dispensvollmacht; fügt aber seiner Antwort den sonderbaren Satz an, «die Auflösung sei nur möglich aus göttlicher Offenbarung, die über dem Gesetz stehe, wie nach Berichten einige Heilige dies getan haben» (Decr. lib. III. tit. XXXII. c 14). Mit Martin V. (1417–1431) beginnt die eindeutige und immer mehr ausgedehnte Praxis der päpstlichen Dispenserteilung für sakramentale unvollzogene Ehen. Das tatsächliche Vorgehen der Päpste beruhte nicht auf allgemein anerkannten dogmatischen Erwägungen, sondern war ein mehr instinktives Handeln oder besser *Spiritu sancto* afflante. Das menschliche Leben kennt tragische Situationen, vor denen die Kirche nicht untätig bleiben kann. Es war die Aufgabe der Theologen und Kanonisten, das göttliche Gebot der Unauflöslichkeit der Ehe mit dem tatsächlichen Vorgehen der Päpste in Einklang zu bringen. Eine mühsame, bis in unsere Zeit dauernde Arbeit. Wir werden nachher noch darauf zurückkommen.

Nichterfüllung der zweiten Voraussetzung: Taufe beider Ehegatten

A Das paulinische Privileg

In der apostolischen Zeit der Missionierung war die Taufe von verheirateten Erwachsenen der Normalfall. Das staatliche, ge-

sellschaftliche und familiäre Leben war mit den heidnischen Kulturen eng verknüpft. Die Christen durften nicht daran teilnehmen, was zu Zerwürfnissen innerhalb der Familien und zu einer Gefährdung des christlichen Glaubens führte. Zu dieser Situation nahm der Apostel Paulus im Ersten Korintherbrief Stellung (7,10–16): «Den Verheirateten gebiete nicht ich, sondern der Herr: die Frau darf sich von ihrem Manne nicht trennen; hat sie sich aber doch getrennt, so muß sie unverheiratet bleiben oder sich wieder mit ihrem Manne aussöhnen. Ebenso darf der Mann seine Frau nicht entlassen. Den übrigen sage ich, nicht der Herr: wenn ein Bruder eine ungläubige Frau hat, die mit ihm zusammenleben will, so soll er sie nicht entlassen. Und wenn eine Frau einen ungläubigen Mann hat, der mit ihr zusammenleben will, so soll sie nicht ihren Mann entlassen. Denn der ungläubige Mann wird durch die Frau geheiligt, und die ungläubige Frau wird durch den Bruder geheiligt. Will sich aber der ungläubige Teil scheiden, so mag er sich scheiden. In solchem Fall ist der Bruder oder die Schwester nicht gebunden; denn Gott hat euch zum Frieden berufen. Weißt du denn, Frau, ob du deinen Mann retten wirst? Und weißt du, Mann, ob du deine Frau retten wirst?»

Die Anwendung dieses Privilegs ist nur möglich bei Erfüllung folgender Bedingungen:

1. Die Ehe muß vor der Taufe des Ehepaares geschlossen sein.
2. Nur ein Ehegatte empfängt die Taufe. Würden beide zusammen oder nacheinander getauft werden, so gilt das *Privilegium* nicht.
3. Der ungläubige Ehegatte weigert sich «*pacifice*», «*sine contumelia creatoris*», wie die spätere Formel lautet, zusammenzuleben. Das «nicht im Frieden leben wollen» beinhaltet nicht nur Anfechtungen des christlichen Glaubens, sondern das gesamte sittliche Verhalten des Ungläubigen, zum Beispiel Trunksucht.
4. Nach allgemeiner Lehre wird die erste Ehe durch die nachfolgende aufgelöst.

Der Apostel spricht von der Entlassung. Kann der Gläubige sich wieder verheiraten? Bis ins 4. Jahrhundert blieb diese Frage unbehandelt. Augustinus verbietet eine neue Ehe, nach ihm ist es ein Ehebruch (Ep. ad Pollentium). Der Ambrosiaster dagegen erlaubt die Wiederverheiratung, und Bußbücher des 8. und 9. Jahrhunderts übernehmen diese Ansicht. Das paulinische Privileg bekam eine neue Aktualität durch die großen Entdeckungsreisen im 15. Jahrhundert und die darauf folgende Missionierung. Die in diesen Ländern herrschende Polygamie stellte neue Probleme. «Das *Privilegium Paulinum* erfährt eine derartige Erweiterung und anormale Anwendung, daß sich die in solcher Weise zugestandene Lösung heidnischer Ehen nur schwerlich noch als Trennung kraft des eigentlichen paulinischen Privilegs erklären läßt. In Wirklichkeit wird das Eheband auf Grund päpstlicher Machtvollkommenheit aufgehoben» (Fahrner, Geschichte der Ehescheidung I. Freiburg 1903, S. 273).

B Das Privilegium Petrinum

In der Konstitution «*Altitudo*» 1537 erlaubte Paul III. bekehrten Polygamen, die sich nicht mehr erinnern, welche ihre erste rechtmäßige Frau sei, eine beliebige unter ihren Frauen nach der Taufe zu heiraten. Weil es aber oft vorkam, daß der Mann seine Lieblingsfrau, die nicht die rechtmäßige war, nach der Taufe behalten wollte, gestattete Pius V. in seiner Konstitution «*Romani Pontificis*» 1571 diese Ehe, wenn die Frau sich zugleich mit dem Mann taufen ließ. Die Konstitution «*Populis*» von Gregor XIII. 1585 befaßte sich mit einer damals oft vorkommenden Situation. Eheleute wurden als Kriegsgefangene oder als Sklaven in weit auseinanderliegenden Ländern voneinander getrennt. Teils wußte man nicht, wo und ob der andere Ehepartner noch lebte. Teils konnte man wegen der Entfernungen und der damaligen Verkehrsmittel sich nicht

vergewissern, ob nach der Taufe des einen Ehegatten der andere friedlich zusammenleben wollte, wenn ein Zusammenleben überhaupt möglich war. Es kam oft vor, daß beide unabhängig voneinander die Taufe empfangen hatten, wie man nachträglich feststellte. Durch die Konstitution wurde eine neue Ehe gestattet, wenn die Interpellation nicht möglich war oder beide getauft waren.

Nach dem heutigen Recht sind folgende Ehen auflösbar:

Die Ehe zwischen zwei Ungetauften und die Ehe zwischen einem Getauften und Ungetauften, auch wenn sie durch Eheverkehr vollzogen sind; die sakramentale zwischen zwei Getauften ohne Eheverkehr, ebenso die sakramentale Ehe, wenn der Eheverkehr vor der Taufe beider Ehepartner erfolgte. Nur wenn der Geschlechtsverkehr nach der Taufe beider Ehepartner ausgeübt wird, ist die Ehe unauflöslich. Weder die Sakramentalität der Ehe an sich noch der Eheverkehr an sich macht die Ehe unauflöslich. Auch nicht das Zusammentreffen beider Tatsachen innerhalb derselben Ehe. Ausschlaggebend ist die zeitliche Reihenfolge: zuerst die Taufe beider Partner und dann der Eheverkehr. Jeder normale Eheverkehr, auch gegen den Willen und das Wissen des andern Ehegatten, hat diese tiefgehende Wirkung, obwohl er nach unserer heutigen Ansicht eine Verletzung der menschlichen Würde ist. Nach allgemeiner Lehre ist die Ehe zwischen einem Getauften und Ungetauften kein Sakrament. Aber anerkannte Theologen (Pesch, Palmieri, Lehmkuhl, Vlaming) vertreten die Auffassung, daß diese Ehe für den Getauften ein Sakrament sei, ohne daß die Kirche diese Meinung verbietet.

Der kritische Gläubige wird bei Kenntnisnahme dieser ihm unverständlichen Sachlage zwei Fragen an die Kirche stellen:

1. Nach der Heiligen Schrift und der Lehre der Kirche hat Christus die Ehe in ihrer ursprünglichen Reinheit wieder hergestellt, sie unauflöslich gemacht und diese Eigenschaft noch verstärkt durch die Erhebung der Ehe zum Sakrament (siehe oben Katechismus und Lehrbuch der Dogmatik). Mit welchem Recht und mit welcher Vollmacht löst nun die Kirche Ehen auf? Mit dem herkömmlichen Axiom: die Kirche tut es, also kann sie es, gibt er sich nicht mehr zufrieden. Er verlangt überzeugende Gründe.

2. Warum soll die Ehe, wie sie im Canon 1118 beschrieben ist, nur durch den Tod gelöst werden? Die bisherige Antwort, die Kirche habe keine Vollmacht, sie zu lösen, befriedigt ihn nicht, er möchte wissen, warum. Kann die Kirche diese Antworten geben?

Die stellvertretende Gewalt

Die Kirche hat zwei verschiedene Gewalten: Die «potestas propria», die «eigenständige Gewalt», die ihr als «vollkommene Gesellschaft» zusteht und die sie in ihrem eigenen Namen, in ihrem eigenen Forum, in der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung ausübt mit dem Risiko des Irrtums. Diese Gewalt ist zwar göttlichen Ursprungs wegen der Stiftung der Kirche durch Gott, analog zur Staatsgewalt, die auch von Gott stammt auf Grund der sozialen Veranlagung des Menschen. Trotzdem ist diese «eigenständige Gewalt» eine rein kirchliche Gewalt. Die «potestas vicaria» oder «stellvertretende Gewalt», die der Kirche von Gott durch besondere Verleihung gegeben wird und die sie in seinem Namen, in seinem Forum, als sein Instrument ausübt (Cappello, *Summa iuris publici eccl.* 4. Ausg., Nr. 188). Die Kirche hat immer Sünden nachgelassen, obwohl nur Gott Sünden vergeben kann (Mk 2,7), weil ihr diese Vollmacht ausdrücklich übertragen wurde (Jo 20,23). Sie handelt hier als Gottes Stellvertreterin nicht in ihrem eigenen Namen und nicht mit der ihr eigenen Gewalt. Die Kirche wußte immer, daß Gott irrtumslos ist, weil er die Wahrheit selbst ist. Wenn sie geoffenbarte Glaubenswahrheiten unfehlbar verkündet, dann nicht aus eigener Kraft

und Macht, sondern gestützt auf den besonderen Beistand Gottes und seine Autorität.

Durch den freien menschlichen Willen entstehen direkte Bindungen an Gott, die natur- oder göttlich-rechtlicher Art sind, wie das Gelübde, der Eid, die Ehe. Durch Wechsel der Verhältnisse, die menschlich nicht vorauszusehen sind, entstehen Situationen, welche die Beobachtung dieser Bindungen erschweren, unvernünftig machen oder verunmöglichlichen. (Für den Eid ein modernes Beispiel: Viele Offiziere der deutschen Wehrmacht wurden in Gewissenszweifel gestürzt, wie sie den Treueid gegenüber Hitler mit der Ausführung von verbrecherischen Befehlen vereinbaren konnten. Gab es ein Widerstandsrecht oder sogar -pflicht?) Der heutige Mensch findet es selbstverständlich, persönliche Entscheidungen zu fällen; im Mittelalter erwartete man von der Kirche den Entscheid. Hat die Kirche eine Gewalt über diese Bindungen an Gott nicht durch Aufhebung des göttlichen Rechtes, sondern durch Befreiung der Verpflichtung in konkreten Fällen? In der Heiligen Schrift fand die Kirche keine Hinweise oder glaubte wenigstens keine zu finden. Die Lösung dieses Problems war ein mühevoller, langwieriger Prozeß mit tastenden, zögernden, von Rückschlägen betroffenen Schritten der theologischen Spekulation. Bis zum 12. Jahrhundert findet man nur Dispensen von kirchlichen Gesetzen. Noch im 13. Jahrhundert hält man an der Unantastbarkeit des Naturrechtes und des göttlichen Rechtes fest. Bahnbrecher war Alexander III., der die ersten Gelübde- und Ehedispensen gab, während seine Nachfolger, wie Innozenz III., zurückhaltender waren. Die langsamen Schritte der Entwicklung können wir feststellen bei den damals häufigen Gelübden der Wallfahrten. Zuerst keine Dispens, weil die Kirche keine Vollmacht habe, dann Verschiebung der Ausführung erlaubt, der dritte Schritt ist die Umwandlung in ein anderes gutes Werk, und dann endlich Befreiung im eigentlichen Sinn mit Ausnahme der feierlichen Gelübde. Das Vorgehen der Päpste (Auflösung der sakramentalen, nicht vollzogenen Ehen, wie oben angeführt) zwang die Kanonisten und Theologen, dazu Stellung zu nehmen. Einige, wie Tankred († 1235), ziehen sich aus der Schwierigkeit mit der Leugnung der Dispensen, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Ihre Nachfolger müssen die Tatsachen anerkennen und eine Erklärung dafür geben. Man unterscheidet im Naturrecht verschiedene Arten von Vorschriften, wie Gottesverehrung, von denen niemals befreit werden kann; andere, die auf das Wohl der Kirche und der einzelnen gerichtet sind, erlauben eine Dispens. So Hostiensis († 1271) (*Decr. lib. I. tit. 7 c 2*). Von den Vorschriften des göttlichen Rechtes kann niemand befreien als Gott selbst oder der, welcher eine besondere Vollmacht von ihm dazu erhalten hätte (I II q XC VII). Für Thomas von Aquin ein mehr irrealer Fall.

Alanus (zirka † 1215), Vinzenz Hispanus († 1248) und Hostiensis glauben einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden mit der Behauptung, die Ehe beruhe zwar auf dem Naturrecht und göttlichen Recht, aber die Unauflöslichkeit stamme aus dem Kirchenrecht. Unter dem Einfluß der Theologen, wie Bonaventura und Thomas von Aquin, welche die Möglichkeit der Ehedispensen verneinen, werden die Kanonisten zurückhaltender. Aber die Entwicklung konnte nicht aufgehalten werden. Richard von Mediavilla († 1307) schreibt in seinem Kommentar zu den Sentenzen des Petrus Lombardus: «Wenn der Papst die sakramentale, nicht vollzogene Ehe durch die Profess löst, so gebraucht er nicht eine menschliche Gewalt, sondern eine göttliche, die ihm von Christus, dessen Stellvertreter er ist, verliehen wurde» (*dist. XXVII. art. 2, qu 3 ad 2*). Nach Baldo de Ubaldi († 1400) handelt der Papst bei gewissen Dispensen nicht als Mensch, sondern als Gott. Wie weit die Kenntnis einer besonderen Gewalt in der Kirche fortgeschritten ist, sieht man bei Panormitanus († 1445): er führt Vinzenz Hispanus an, der Papst könne von allem dispensieren, außer von den Glaubensartikeln, und stimmt ihm zu. Dann fährt er

fort: Dispensen sind manchmal notwendig, und es ist sehr wahrscheinlich, daß Gott seine Gewalt unter den Menschen seinem Stellvertreter gegeben hat; sonst wäre er nicht ein guter Hausvater, wenn er seine Herde ohne Hirten gelassen hätte, der, wenn nötig, in allem Maßnahmen der Fürsorge treffen kann. Da der Gerichtsstand Gottes und seines Stellvertreters derselbe ist, kann der Papst fast alles machen, was Gott kann, weil die Schlüsselgewalt nicht irren kann [cum idem sit Dei et vicarii sui consistorium, potest papa fere omnia facere, quae Deus potest, clave non errante (Kommentar zu Decr. lib. 3, tit. 7 c 4)]. Die unbeholfenen und zum Teil dogmatisch unkorrekten Formulierungen zeigen das Bemühen, eine neu erkannte Wahrheit mit inadäquaten Begriffen auszudrücken.

Sanchez († 1600) behandelt in seinem «de matrimonii sacramento» (lib. VIII. disp. VI.) die Frage, ob die Kirche vom Naturrecht und vom göttlichen Recht dispensieren könne. Er führt zuerst die oben erwähnte Meinung an, daß der Papst von allem dispensieren könne, außer den Glaubensartikeln. Sie gefällt ihm nicht. Dann setzt er sich mit der Ansicht auseinander, daß eine eigentliche Dispens vom absoluten göttlichen Recht nicht möglich sei, sondern nur die Erklärung, daß in einem konkreten Fall die Verpflichtung aufhöre. Er selbst hält die These einer eigentlichen Befreiung für wahrscheinlich. «Eine normale Leitung der Kirche verlange, daß die Bischöfe in dringenden Fällen von den allgemeinen Kirchengesetzen befreien können, weil ein Rekurs an den Papst nicht immer möglich sei. Dasselbe gelte auch für die göttlichen Gesetze. An Gott kann man sich nicht wenden; daher fordere eine richtige Leitung der Kirche, daß dem Papst von Gott die Vollmacht gegeben sei, in dringenden Fällen vom göttlichen Recht zu dispensieren. Diese päpstliche Dispensvollmacht ist keine Beeinträchtigung der göttlichen Autorität, denn sie wird nicht aus der propria auctoritas des Papstes ausgeübt, sondern aus einer stillschweigenden und mit gutem Recht anzunehmenden Vollmachtsverleihung von seiten Gottes. Man solle der Autorität des Papstes nichts verweigern, was ihr ohne Absurdität zugeschrieben werden kann» (lib. VIII. disp. 8). Die

Lehre von einer stellvertretenden Vollmacht setzt sich langsam, aber sicher durch. Für den Kirchenlehrer Alphons von Liguori (1696–1787) ist sie sicher, wenn er auch gewisse Bedenken hat. Benedikt XIV. (1740–1758) sagt klar: «Bei Auflösung der sakramentalen unvollzogenen Ehe kann über diese Vollmacht nicht mehr diskutiert werden.» Zurückhaltende Stimmen fehlen allerdings nicht, wie Perrone (1794–1876), für den die kirchenrechtliche Gewalt genügt und der mit einer stillschweigenden Bedingung beim Eheabschluß operiert.

Die Auflösung der übrigen Ehen wurde bis ins 19. Jahrhundert mit dem paulinischen Privileg erklärt. Sogar Benedikt XIV. sah in der weitgehenden Praxis nur eine Interpretation des Privilegs oder, wie Perrone, eine nähere Erklärung. Erst in neuester Zeit taucht die Bezeichnung Privilegium Petrinum auf zur Rechtfertigung der Fälle, welche den Rahmen des paulinischen Privilegs sprengen. Die Existenz einer stellvertretenden Gewalt in der Kirche, die von der rein kirchlichen Gewalt streng verschieden ist, ist heute eine allgemeine Lehre. Dieser langwierige Entwicklungsprozeß ist nicht abgeschlossen. Für uns stellt sich die Frage, wie weit sich diese stellvertretende Gewalt erstreckt. Sind ihre Grenzen die Glaubensartikel, wie Panormitanus und andere glaubten, oder das «fere omnia facere potest»? Die biblische Grundlage bei der Erarbeitung der stellvertretenden Gewalt war das Schriftwort: «Ich will Dir die Schlüssel des Himmelreichs geben. Alles was Du immer auf Erden lösen wirst, wird auch im Himmel gelöst sein (Mt 16,19). Gehört zu diesem «alles» auch die sakramental vollzogene Ehe? Der viel zitierte Canon 1118 sagt, daß sie durch keine menschliche Gewalt, außer durch den Tod, gelöst werden kann. Gewiß war der Gesetzgeber bei der Abfassung des Canons der Überzeugung, daß hier eine Grenze für die kirchliche Gewalt sei. Die stellvertretende Gewalt ist aber keine menschliche Gewalt. Schließen die Heilige Schrift und unfehlbare Verlautbarungen des kirchlichen Lehramtes die Ausdehnung auf alle Ehen aus? Kann vielleicht die Kirche alle Ehen auflösen, aber weiß sie es noch nicht?

A. Gommenginger

WESTLICHE STUDENTENREBELLION IN SOWJETISCHER SICHT

Professor Moltschanov über die Studenten, Cohn-Bendit und Herbert Marcuse.

Das plötzliche Auftreten von Studentenunruhen und die unglaubliche Geschwindigkeit, mit der sie sich rund um die Welt ausbreiteten, haben das vergangene Jahr wie kaum ein anderes Geschehen geprägt. Niemand wird im Ernst glauben, das dahinterliegende Problem sei dadurch gelöst worden, daß dieses Jahr zu Ende ging. Es ist auch nicht damit gelöst, daß man «Sündenböcke» bezeichnet, wie dies unter anderen westlichen Staatschefs vor allem General *de Gaulle* tat, als er «die Kommunisten» für Aufruhr verantwortlich machte. Die Kommunisten wurden in Wirklichkeit von den Ereignissen überrascht, und gerade die KP in Frankreich bewies durch ihr Verhalten, wie wenig sie darauf vorbereitet war. Deshalb ist jeder Versuch, woher immer er kommt, zu begrüßen, der sich ernsthaft mit den verschiedenen Faktoren und Antrieben der Unruhe unter den Studenten auseinandersetzt, zudem deren Unzufriedenheit weiterschwelt. Viel beachtet wurden die kritischen Überlegungen zur Studententopposition, die wir am 31. Mai und 15. Juni aus der Feder von Studentenfarrer *W. Ruf*, Konstanz, und seines Freiburger Kollegen, *M. Gugel*, veröffentlicht haben. Pfarrer Ruf ist bald darnach einer kurzen schweren Krankheit erlegen, und mit ihm ist der jungen Universität, den Studenten und unserem Blatt ein mutiger und verstehender Freund entrissen worden. Im Gedenken an ihn nehmen wir heute das Phänomen erneut auf, mag es aber diesmal aus einer ganz anderen Richtung beleuchtet werden.

Die nachfolgende Analyse der westlichen Studentenrevolten durch den sowjetischen Professor *N. Moltschanov* erschien am 6. November in der «Literaturnaja gazeta». Sie spiegelt das Dilemma der Sowjets vor diesem Phänomen, von dem ja auch der Osten (Flugschriften gegen die Regierung in der UdSSR, Demonstrationen in Polen, Frühling in Prag) nicht unberührt blieb. Einerseits wird den Studenten die Rolle von Nachfolgern der frühen russischen Revolutionäre zuerkannt und somit die einer «Partei

der Revolution» ziemende Sympathie bezeugt, andererseits wird die den Sowjets keineswegs geheuere Ideologie des «Gauchismus» (abgeleitet vom französischen «gauche» = links) und die ganz «utopisch-anarchistische» und zugleich «antikommunistische» Richtung des «Schreibhalses Cohn-Bendit» scharf abgelehnt und vielleicht doch etwas zu billig ins Lächerliche gezogen. Interessant ist aber, wie eingehend der sowjetische Professor sich informiert hat und wieviel Richtiges er, trotz seiner eindeutig ideologisch-propagandistischen Tendenz, sieht, und wie relativ differenziert er sich mit Herbert Marcuse und seinem Einfluß auseinandersetzt. Wir bringen nach der Zusammenfassung des ersten und zweiten Teils den Artikel in der Übersetzung unseres Mitarbeiters *Robert Hotz*.

Die Redaktion

So verschieden, widersprüchlich und gelegentlich anekdotisch das Hervortreten der Studenten in den kapitalistischen Ländern ist: das Phänomen ist von ernster sozialer und politischer Bedeutung und spiegelt das Anwachsen der revolutionären Elemente in der gegenwärtigen Welt wider. Einst war Rußland das einzige Land mit einer starken revolutionären Studentenbewegung. Heroismus, Aufrichtigkeit, Frische und unveröhnlicher Haß gegen die Routine zeichneten sie aus, aber auch vielen Irrtümern und Schwankungen fiel sie anheim, und es war ein qualvoller Prozeß, bis Rußlands Studenten zum revolutionären Marxismus gelangten.

Die Krise des westlichen Bildungssystems

Vieles an der studentischen Bewegung im Westen erinnert an die russische revolutionäre Vergangenheit. Die überall im

Westen zu beobachtende Krise der höheren Bildung verkörpert die Stagnation und Routine einer Gesellschaft; denn ihr System basiert auf Prinzipien, die bereits dreihundert Jahre alt sind. Das Problem liegt nicht nur an der Beibehaltung mittelalterlicher Roben für Professoren und der Weiterführung von Fakultäten für Theologie: der Unterricht selber führt entweder (in den technischen Disziplinen) nur zum hochqualifizierten Arbeiter im weißen Kragen oder (in den Geisteswissenschaften) zu einer Summe von Wissen ohne Bezug zum Leben und unter Absicherung «mit Ohrenschützern» gegen die gefährlichen Ideen der marxistischen Wissenschaft. «Mit Entsetzen beginnt der Student zu erkennen, daß man ihn zu einem spezialisierten Idioten macht, prädestiniert zur Erfüllung kleiner, fest umrissener Funktionen im politischen oder ökonomischen Mechanismus der bürgerlichen Gesellschaft.» Der Weg zum Diplom ist eine Sträflingsarbeit, der Vorlesungszwang lastet vor allem auf den Studenten, die gezwungen sind, gleichzeitig zu arbeiten. Kein Wunder, daß viele nicht ihr Ziel erreichen.

Es gibt im Westen eine Freiheit «zu lehren» für diejenigen, die die Bildung kontrollieren; aber es existiert keine Freiheit «zu lernen», das heißt die Freiheit, im Verlauf der Ausbildung nach Antworten und Fragen zu suchen; die nicht der Examenszettel, sondern das Leben aufgibt. Es ist daher völlig natürlich, daß die ersten Forderungen der Studenten auf Demokratisierung und Anpassung der Bildung an die Erfordernisse der Gegenwart lauten, mochten damit zweifelhafte Vorschläge wie Abschaffung der Examina, Recht auf Unterbrechung der Vorlesungen und auf Bestimmung des Lehrkörpers verbunden sein.

Wandel der Stellung in der Gesellschaft

Sind die Studenten, die gegen paternalistische Strukturen rebellieren, aber nicht selber «Vatersöhnchen», und hat der italienische Dichter *Pasolini* nicht recht, wenn er schreibt: «Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Ihr habt die bösen Augen der kleinen Privatunternehmer»? Tatsächlich sind in der bourgeois Gesellschaft die Söhne und Töchter der Bourgeoisie auf ihrem Studienweg privilegiert. Aber das spezifische Gewicht der mittleren Schichten, besonders der Intelligenz, ändert sich, und diese Herkunft garantiert bereits nicht mehr eine Zukunft ohne materielle Sorgen. Die jäh sich vermehrende technische Intelligenz unterscheidet sich im Produktionsprozeß vom Arbeiter nur durch die höhere Qualifikation: sie ist wie er Objekt der Ausbeutung. Und so stellen sich heute nicht mehr wie früher nur einzelne besonders edel gesinnte und wache Studenten und Vertreter der Intelligenz auf die Seite der Arbeiter: vielmehr betrachten sich auf Grund objektiver Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung des Kapitalismus heute schon Hunderttausende von Studenten als Reserve der Arbeiterklasse. Dies ist der soziale Hintergrund der Studenten auf den Barrikaden: ihre Bewegung ist ein Zeichen für den Massenabfall der Studenten vom kapitalistischen System.

Aber der technische Fortschritt führt nicht nur zum jähen zahlenmäßigen Anstieg der Studentenschaft und zu einer Veränderung ihrer sozialen Stellung, sondern auch zur Stärkung ihrer potentiellen Rolle in der ökonomischen Entwicklung. Denn für sie ist nach dem Urteil *Servan Schreibers* («Die amerikanische Herausforderung») die Bildung heute der wichtigste aller Faktoren.

Student im Atomzeitalter

Die gegenwärtigen Studenten sind Zeitgenossen der Automatisierung, der Atomenergie und der Elektrotechnik. Sie haben es nicht nötig, sich daran wie an einen Zwang zu gewöhnen. Der Flug zum Mond? Eine reale Sache, antwortet ihnen jeder

beliebige Student. Aber für sie ist es schwieriger, gewisse Erscheinungen der Gegenwart ganz zu begreifen, als für die Menschen, welche rund zwanzig Jahre früher geboren wurden. Dies ist die erste Generation, welche unter den Bedingungen des Atomzeitalters geboren wurde und aufwuchs. Aber um so schwieriger ist es für sie, sich mit dem ungeheuerlichen Auseinanderklaffen zwischen den Möglichkeiten eines allmächtigen Verstandes und der Begrenztheit jener realen Bedingungen, welche der gegenwärtige Kapitalismus mit seinen verfaulten sozialen Strukturen der Jugend anbietet, zu versöhnen.

Ein Student ist ein Angehöriger der Intelligenz im Entwurf, der Verwirklichung nahe. Deshalb werden seine Psychologie und sein Intellekt gleichzeitig sowohl durch die Bedingungen seines Studiums als auch durch die Perspektiven seiner künftigen Tätigkeit geformt. Zudem ist dieser Mensch jung, optimistisch, romantisch, mit einer gesteigerten Empfindsamkeit und Rezeptivität. Der Student begeistert sich leicht und fällt leicht ins Extremé, aber in seinem Enthusiasmus offenbart sich auch eine frische Kraft und ein unbestechlicher Geist. Diese Besonderheiten des Reifeprozesses und der gesellschaftlichen Situation bestimmen die Rolle der studierenden Jugend.

Es ist interessant, daß sich überall, in Frankreich, in Italien, in Westdeutschland und in den USA, die Studenten der geisteswissenschaftlichen Fakultäten: die Historiker, Soziologen, Wirtschaftswissenschaftler und Philosophen, als die Initiatoren des politischen Hervortretens der Studenten offenbarten. Und es sind gerade sie, welche man die meiste Zeit mit den Ideen der «westlichen Zivilisation» füllt. Es stellte sich heraus, daß dies zu den unerwünschtesten Tendenzen führt: zu einer heftigen Verneinung der bourgeois Ideologie, zu jener «großen Absage», welche die westlichen Politiker veranlaßte, von «einer Krise der Zivilisation» (A. Malraux), «einer geistigen Krise» (E. Faure) usw. zu sprechen.

Es zeigen sich freilich auch antikommunistische Tendenzen in der Studentenbewegung. Sie sind leicht zu erklären. Im gegebenen Falle negiert man das, was man nicht oder aus zweiter – zudem offenkundig schmutziger – Hand kennt. Aber wenn man das ablehnt, was gut bekannt ist, dann ist das schon eine andere Sache. Der Antikommunismus einzelner Studentengruppen gründet auf ungenügender Kenntnis; der Antikapitalismus auf der unmittelbarsten, fühlbaren und durchlittenen Empfindung...

Es ist jedoch keineswegs zufällig, daß überall, in den verschiedensten Ländern und Gegebenheiten, die Studenten vor allem gegen die amerikanische Aggression Stellung nehmen. Der mannhafte Widerstand des heldenhaften vietnamesischen Volkes offenbarte die Schwäche des Imperialismus und war ein ansteckendes Beispiel für die Durchführbarkeit eines erfolgreichen Kampfes gegen die kolossalste Konzentration kapitalistischer Kräfte.

Was das positive Ideal vieler Teilnehmer an den Studentenunruhen anbelangt, so tritt es, ungeachtet seiner ganzen Verschwommenheit und Widersprüchlichkeit, spontan in gelegentlich äußerlichen, aber in Wirklichkeit bedeutsamen Symbolen zutage. Das Hauptquartier der Westberliner Studenten wurde «Smolny» genannt, viele von ihnen lassen Bärte «à la Marx» wachsen. Die amerikanischen Studenten tragen sogenannte «Moskauer» Mützen. Von den Universitätsgebäuden im Quartier Latin Besitz ergreifend, sprachen die Pariser Studenten von der «Sorbonner Kommune» usw. Überall sangen die Studenten die Internationale.

Hinter dieser wunderlichen Mischung revolutionärer Attribute aller Zeiten und Völker verbirgt sich jenes Faktum, daß einstweilen durch die unter den Führern gewisser Studentenorganisationen verbreitete Ideologie hindurch verschiedene Tendenzen des sogenannten «Gauchisme», was man auf Russisch mit dem Begriff «levatschestvo» (= linksradikale Politik) übersetzen kann, an den Tag treten. Der Gauchisme ist ein Brei aus Breien, in welchem sich die verschiedensten

Elemente des Blankismus, Trozismus, Anarchismus, Utopismus, Maoismus und vieler anderer «Ismen» miteinander vermischen. Der ideelle Nebel in den Köpfen der Studenten ist eine in gewissem Maße gesetzmäßige Erscheinung. Es wurde bereits vom sozialen Übergangscharakter der westlichen Studentenschaft gesprochen. Und diesem Übergangscharakter entspricht eine Übergangsform der revolutionären Ideologie, welche sich, wie die Geschichte von anderthalb Jahrhunderten sozialistischer Bewegung bezeugt, nur zu oft im Utopismus, Anarchismus und anderen Formen des kleinbürgerlichen Sozialismus äußert.

Als überzeugter Anarchist erklärt sich einer der schreierischsten Studentenfürher, der Westdeutsche *Daniel Cohn-Bendit*. Dieser dreißigjährige, rothaarige Junge erlangte rasch eine große Berühmtheit. Die gesamte westliche Presse, das Radio und Fernsehen machten heftig für ihn Reklame. In den zahlreichen Reden, Interviews und Artikeln dieses Schreiers ist schwerlich irgend etwas über die Notwendigkeit der Befriedigung realer Bedürfnisse der Studenten, über die Demokratisierung und Modernisierung des Hochschulsystems zu finden. Bei ihm gibt es überhaupt kein positives Programm. Zuerst werden wir eine «Revolution» machen, und dann wird man sehen, das ist das Leitmotiv seiner Überlegungen. Der junge Soziologiestudent ist auffallend blutdürstig. «Gewalttätigkeit ist Freude», erklärt er.

Aber das Wesentlichste an seinen Ansichten ist der pathologische Antikommunismus. Soeben erschien sein, jetzt überall propagiertes Buch, das in Koauthorschaft mit dem älteren Bruder verfaßt wurde. Die Brüder waren nicht imstande, irgend etwas Überzeugendes oder gar Artikuliertes bezüglich des Kommunismus auszusagen, über den sie die primitivsten Vorstellungen haben.

Es ist wahr, in diesem Buch ist primär das Cohn-Bendit-«Ideal» einer künftigen, anarchistischen Gesellschaftsordnung skizziert. Dies ist irgendein trübes Gemisch aus Ideenketzen von Saint-Simon, Proudhon, Bakunin und anderer Vertreter des utopischen und vormalistischen Sozialismus. Und dies wird für eine «Verjüngung» des Sozialismus ausgegeben. Die Gauchisten «verjüngten» ihn dermaßen, daß sich der Sozialismus bei ihnen wahrhaft in einem embryonalen Zustand zeigte.

Kann all dieser Unsinn bei den Studenten wirklich Erfolg haben? Es stellt sich heraus, daß er es kann, insofern ja, wie Marx sagte, die Unwissenheit eine dämonische Macht ist. *(Schluß folgt)*

Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen

Redaktion: Mario von Galli, Ladislaus Boros, Max Brändle, Albert Ebner, Ludwig Kaufmann, Joseph Renggli

Ständige Mitarbeiter: Georg Bürke, Wien; Jakob David, Dortmund/Zürich; Alfons Gommenginger, Zürich; Robert Hotz, Lyon/Zürich; Joseph Rudin, Zürich/Innsbruck/Fribourg

Anschriften von Redaktion und Administration: Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich. ☎ (051) 27 26 10

Bestellungen, Abonnemente: Administration

Einzahlungen; Schweiz: Postcheck 80-27842
Deutschland: Volksbank Mannheim, Postscheckamt Karlsruhe-Kto.-Nr. 17525 (Vermerk «Orientierung», Bankkto.-Nr. 12975) – Österreich: Sparkasse der Stadt Innsbruck, Postscheck 60.675 (Vermerk «Orientierung» 26849) – Frankreich: Crédit Commercial de France, CCP 1065 «Orientierung» C.E. Suisse No 20/78611 – Italien: c/c N. 1/18690 Pontificia Università Gregoriana, Deposito Libri, Piazza della Pilotta, Roma, «Orientierung» – Dänemark: P. J. Stäubli, Hostrupsgade 16, Silkeborg

Abonnementspreise: Ganzes Jahr: sFr. 17.— / DM 18.— / öS 100.— / FF 20.— / bFr. 210.— / dän. Kr. 28.— / Lire 2500.— / US \$ 4.50
Halbes Jahr: sFr. 9.— / DM 9.50 / öS 60.—
Gönner: sFr. 22.— / DM 23.— / öS 130.—
Studenten: jährlich sFr. 10.— / DM 10.— / öS 70.—
Einzelnummer: sFr. 1.— / DM 1.— / öS 6.—

Wer Hirn hat, hat auch FORVM

Opposition gegen alle Machtapparate. Demokratisierung in Ost und West. Solidarität mit der Dritten Welt. Kritisches Christentum. Kritischer Marxismus. Erstklassiger Kultur- und Wirtschaftsteil.

NEUES FORVM nun 14tägig

in der «Saison» (Januar–Juni, September–Dezember)

**Einzelheft S 20.— statt S 33.— Jahresabonnement S 240.—
Ermäßigtes Studentenabonnement**

In allen guten Buchhandlungen, an Kiosken, Trafiken, Bahnhöfen, Hochschulen und Museumsstraße 5, Wien 7

Biblische ökumenische Studienreisen 1969

unter wissenschaftlicher Führung von Fachtheologen

HEILIGES LAND

Mit Besuch aller bedeutenden biblisch-archäologischen Stätten von den Quellen des Jordans am Hermon bis nach Eilath am Roten Meer (17 Tage).

1. Reise: Ostersonntag, 6. April, bis Dienstag, 22. April
Leitung: Univ.-Prof. Dr. H. J. Stoebe, Basel
2. Reise: Ostermontag, 7. April, bis Mittwoch, 23. April
Leitung: Dr. theol. Peter Welten, Tübingen
3. Reise: Osterdienstag, 8. April, bis Donnerstag, 24. April
Leitung: Lic. theol. Werner Baier, Aarau
4. Reise: Montag nach dem Weißen Sonntag, 14. April, bis Mittwoch, 30. April
Leitung: Prof. Georg Schelbert, Schöneck
5. Reise: Sonntag, 28. September, bis Dienstag, 14. Oktober
Leitung: Univ.-Prof. Dr. Christian Maurer, Bern
Reisekosten: Fr. 1980.— + Fr. 40.— Einschreibgebühr

VORDERER ORIENT

Die Umwelt der Bibel: Libanon, Syrien, Jordanien, mit Besuch von Byblos, Ugarit, Palmyra, Mari, Damaskus, Gerasa, Amman, Petra u. a. m.

Ostermontag, 7. bis 21. April (15 Tage)

Leitung: Univ.-Prof. Dr. Herbert Haag, Tübingen
Reisekosten: Fr. 1980.— + Fr. 40.— Einschreibgebühr

TÜRKEI

Auf den Spuren der Hethiter, der Apostel Paulus und Johannes und des frühen Christentums.

Montag, 7. April, bis Mittwoch, 23. April (17 Tage)

Leitung: Univ.-Prof. Dr. Peter Stockmeier, Tübingen
Reisekosten: Fr. 1650.— + Fr. 40.— Einschreibgebühr

SINAI

Das Programm enthält eine fünftägige Exkursion durch die Wüste Sinai mit drei Übernachtungen im berühmten St.-Katharina-Kloster und einer zusätzlichen Studienreise durch Israel.

Ostersonntag, 6. April, bis Sonntag, 20. April

Wissenschaftliche Leitung: P. lic. theol. und bibl. Adrian Schenker OP, Lehrbeauftragter an der theol. Fakultät Fribourg
Reisekosten: Fr. 1950.— + Fr. 40.— Einschreibgebühr

Vierwöchige Biblische Studienreise nach Israel und Cisjordanien (für Studenten)

Sonntag, 3., bis Samstag, 30. August 1969

Wissenschaftlicher Leiter: Dr. theol. Othmar Keel, Lehrbeauftragter an der theol. Fakultät Fribourg
Reisekosten: Fr. 1380.— + Fr. 40.— Einschreibgebühr

Sämtliche Reisen werden mit neuesten Kursflugzeugen durchgeführt. Ausgezeichnete Hotels, beste, in 15jähriger Erfahrung bewährte Organisation.

Referenzliste und detaillierte Programme von

INTERKO

Interkonfessionelles Komitee für Biblische Studienreisen

Geschäftsstelle: Eugen Vogt, Habsburgerstraße 44, 6002 Luzern
Telephon (041) 23 56 47

AZ

Zürich 1

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion